

Majorz gegen Proporz

GLP Ich bin für die Personenwahlen!

Vor zehn Jahren habe ich den Majorz vehement bekämpft. Vor allem wollte ich keine Populisten fördern. Heute hat sich die Zeit verändert und ich mich auch.

Von Michel Ebinger

Heute wäre ich froh, wenn die Politiker mehr aufs Volk (Populus) hören würden und ich bin überzeugt, dass sie dies tun, wenn sie wissen, dass sie die Mehrheit brauchen, um gewählt zu werden. Zudem habe ich früher zu wenig bedacht, dass zwischen Populismus, das heisst Nähe zum Volk und Opportunismus, das heisst, dass man Zweckmässigkeit über die Grundsatztreue stellt, ein Unterschied besteht. In der heutigen Zeit steigt die Tendenz, dass wir zu viele Opportunisten und zu wenig Politiker haben, die das Volk verstehen. Windfahnen brauchen wir nicht. Aber der Proporz begünstigt diese. Im Majorz glaube ich, dass Opportunisten weniger Chancen haben. Das Volk weiss recht genau, wem sie vertrauen kann! Ich engagiere mich nun nach reiflicher



Bild: z.V.g.
Michel Ebinger, Sekretär GLP, Risch - Rotkreuz

Überlegung für den Majorz in der Überzeugung dass dies dem Kan-

ton nützt, denn bei Exekutivämtern muss es klar sein, dass diejenigen, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen, gewählt werden sollten. Zudem entspricht ein Nachrutschen meiner Ansicht nach nicht einem modernen Demokratieverständnis. Kein Argument ist für mich, dass nur Zug und Tessin den Proporz kennen, denn es heisst nicht, dass Minderheiten Unrecht haben. Aber es muss doch festgestellt werden, dass der Majorz in der den Kantone nicht zu Verhältnissen wie im 19. Jahrhundert geführt haben. Die Gesellschaft ist soweit, dass auch im Majorz keine einzelne Partei die Übermacht erringen kann und die kleinen Parteiengängen nicht unter, aber da im Majorz die Personen und nicht Parteien massgebend sind, werden Personen gewählt, die konsensfähig sind und Persönlichkeiten darstellen. Weil das Wahlsystem auf Dauer angelegt ist, bitte ich dieses Statement nicht als Kritik an die Gewählten Exekutivpolitiker zu verstehen, sondern als grundlegende Gedanken.

Skandal der Lohnungleichheit

SP «Im Schnitt haben Frauen 20% weniger in der Lohntüte»

Der 8. März ist vorbei. Das Bestreben um gleichen Lohn zwischen den Geschlechtern muss fortgesetzt werden. Trotz Verfassungsartikel und Gleichstellungsgesetz sind die Unterschiede nach wie vor immens! Kaderfrauen verdienen bis zu 30% weniger als Männer.

Von Barbara Gysel

Im Schnitt haben Frauen 20% weniger in der Lohntüte. Nur für etwas über die Hälfte dieser Lohn Differenz finden sich Erklärungen. Männer haben teilweise längere Ausbildungen und mehr Berufserfahrung. Frauen sind in höheren Etagen leider immer noch untervertreten und es gibt auch «typische» Frauen- oder Männerberufe, die unterschiedliche Lohnniveaus aufweisen. Zudem sind in vielen Köpfen immer noch viele spezifische Geschlechterrollen vorhanden. Wenn sich daher Frauen nicht gleichermassen im Arbeitsmarkt integrieren wie Männer, wird von «Ungleichstellung vor dem Markt» gesprochen. Leider gibt's aber auch die Ungleichstellung auf dem Markt, die nicht «erklärbar» ist. Solche Unterschiede



Bild: z.V.g.
Barbara Gysel, SP-Kantonsrätin, Oberwil

zwischen Mann und Frau fallen dann unter Diskriminierung – auch wenn man das vielleicht nicht ganz

gerne hört. Bei der Lohndiskriminierung unterscheidet man gemäss Bundesdefinition zwischen einer direkten und einer indirekten: Um eine direkte handelt es sich, wenn für die Bemessung des Lohns oder eines bestimmten Lohnbestandteils direkt an das Geschlecht angeknüpft wird (zum Beispiel wenn ungleicher Lohn für gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation und Leistung bezahlt wird). Eine indirekte Lohndiskriminierung ist es, wenn das Geschlecht kein direktes Lohnbemessungskriterium darstellt, jedoch die in Frage stehende Lohnbemessung innerhalb eines Unternehmens das eine Geschlecht im Vergleich zum anderen benachteiligt. Ein Beispiel: wenn Teilzeitangestellte tiefere Löhne erhalten, werden Frauen indirekt diskriminiert, weil mehrheitlich Frauen Teilzeit arbeiten. Wie wird's überprüft? Arbeitgeberinnen können ihre Lohnpolitik mit der Software Logib abchecken. Ein einfacher und schneller Selbsttest für Unternehmen ab 50 Mitarbeitenden. Machen doch auch Sie Ihren Arbeitgeber darauf aufmerksam! Weitere Infos: www.gleichstellungschweiz.ch und www.logib.ch

Personenwahlen

FDP sagt ja am am 9. Juni

Die von CVP und FDP am 19. Januar 2012 mit 2130 Unterschriften eingereichte Initiative zur Einführung des Majorzsystems für die Exekutivorgane auf kantonaler und gemeindlicher Ebene wird am 9. Juni 2013 zur Abstimmung gelangen.

PD - Das Komitee steht unter der Leitung der Präsidenten der kantonalen CVP und FDP, Martin Pfister und Jürg Strub sowie der Co-Präsidentin der Grünliberalen Zug, Michèle Kottelat. Ziel ist es, die Stimmberechtigten umfassend über die Vorteile dieser Wahlsystemänderung zu informieren. Stimmt eine Mehrheit der Verfassungsänderung zu, werden die Erneuerungswahlen im Herbst 2014 bereits nach dem neuen Verfahren durchgeführt. In der von der Direktion des Inneren im letzten Jahr durchgeführten Vernehm-

lassung befürworteten die meisten Einwohnergemeinden diese Wahlsystemumstellung. Einzig der Stadtrat von Zug äusserte sich kritisch. Zustimmung fand die Idee auch bei den Bürger- und Kirchgemeinden, nicht zuletzt wohl deshalb, weil bei den im Rahmen von Gemeindeversammlungen vorgenommenen Wahlen das Majorzsystem ohnehin seit alters her gilt.

Auch Zuger Regierung dafür

Auch der Regierungsrat des Kantons Zug befürwortet die Einführung von Personenwahlen. Er stellt in seiner Beurteilung unter anderem fest, dass einzig noch im Kanton Tessin die kantonale Exekutive nach dem Proporz gewählt wird. Der Kantonsrat hat vor einem Monat der Änderung in erster Lesung und kürzlich in zweiter Lesung ebenfalls zugestimmt.

Massloses Bauen im Weiler Breitfeld

Einem Einsprecher ist es zu verdanken, dass das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) endlich unser Kanton mit der Weilerzone Breitfeld genauer unter die Lupe nahm und Beschwerde beim Bundesgericht einreichte. «Massvolle Entwicklung sei möglich», meinte der Bund 2004 und dies wurde sogar im kantonalen Richtplan speziell genannt. Doch diese Ausführung «massvoll» scheint der Bauherr Alfred Knüsel, Gemeinde und Kanton völlig falsch verstanden zu haben. Landwirt Knüsel wollte zwei neuen

Doppeleinfamilienhäuser im Breitfeld bauen, was ich als total masslos ansehe/empfinde! Was mich aber masslos ärgert ist, wie aus der Zeitung vom 27.2.13 zu erfahren war, dass ein Deal zwischen Bauherr Knüsel, Baudirektor Tännler, und ARE zustande kam. Sprich, der masslose Bauherr Knüsel wird noch für sein massloses Verhalten belohnt und soll nach den neuen Richtlinien im Breitfeld noch ein neues Wohnhaus bauen können. Das ist doch nicht gerecht!

Benedikta Widmer, Rotkreuz

Klares Zuger Votum gegen Zersiedelung

Mit 71% haben die Zuger dem revidierten Raumplanungsgesetz erfreulich deutlich zugestimmt. Das «Zuger Komitee Ja zum Raumplanungsgesetz» bedankt sich für die grosse und breite Unterstützung sowie das klare Votum für eine zukunftsweisende Siedlungspolitik. Die gesamtschweizerisch zweithöchste Zustimmung im Kanton Zug ist das Resultat einer breiten Unterstützung von links bis rechts. Mit Ausnahme der FDP und des Gewerbeverbandes haben sämtliche Zuger Parteien sowie Bauern-, Mieter- und Umweltorganisationen die Ja-Parole beschlossen. Die Zuger Stimmberechtigten haben zum Ausdruck gebracht, dass ihnen der Erhalt der Naherholungsgebiete, schützenswerten Landschaften und des landwirtschaftlichen Kulturlandes

wichtig ist. Die nun in Kraft tretenden klaren Regeln für eine griffige Raumplanung werden von einer Mehrheit unterstützt. Die Siedlungsentwicklung hat in Zukunft im bereits überbauten Gebiet zu erfolgen und ist auf das bestehende Verkehrssystem auszurichten. Das deutliche Zuger Ja kann auch als Kritik am ausserordentlich starken Siedlungswachstum in der Vergangenheit verstanden werden. Es gibt den Behörden nun den nötigen Rückenwind, um den Auftrag «Stopp der Zersiedelung» hartnäckig umzusetzen. Der entsprechende Tatbestand ist mit einem Verzicht auf grössere Einzonungen und mit qualitativ guten Planungen auf allen Stufen zu erbringen. Für das «Zuger Komitee Ja zum Raumplanungsgesetz».

André Guntern, Baar

Senden Sie Ihre Leserbriefe an redaktion@zugerwoche.ch

Ein Spartipp? Das Stadtmagazin!

Dieser Tage ist erneut ein Stadtmagazin in alle Briefkästen der Stadt geflattert. 36 Seiten Umfang. Davon 5 Seiten Gefälligkeitsinterviews mit allen Stadtratsmitgliedern unter dem bezeichnenden Titel „Die Auserwählten“. Zwei weitere Seiten wurden für den Faksimileabdruck eines Monatsagenda-Gekritzels des Stadtpräsidenten reserviert. So erfährt man, dass unser Stapi am 28. Juni 2012 um 09.15 Uhr einen Termin beim Gastroenterologen Dr. Gassmann hatte.

Ob die Öffentlichkeit dies wirklich wissen muss und will? Eine weitere Seite gilt einem Buchtip. „100 Karikaturen aus der NZZ am Sonntag“. Ausgewählt wurde aus dem zehnjährigen Schaffen des Karikaturisten Chappatteals halbseitiger Blickfang ausgerechnet eine Anti-Kernkraftwerk-Illustration. Schlau gemacht, aber die Botschaft des linken Stadtrats ist klar. Dann gibt es noch einen Ausmalwettbewerb für Kinder. Donald Duck und seine Entlein auf der

grünen Wiese wollen farblich akzentuiert werden. Politischer Tiefpunkt ist aber wiederum eine Kolumne. In der letzten Ausgabe waren darin von einem anonym geblieben Stadtmagazin-Schreiberling vier junge FDP-Gemeinderäte in die Pfanne gehauen worden. Sie hatten es gewagt, gegen den 52 Mio.-Kauf des LG-Gebäudes aufzutreten. Diesmal griff nun Stadtschreiber Arturo Cantieni unter eigenem Namen in die Tasten. Seine Botschaft: Die PUK muss sich eigentlich

nicht mit einem Politskandal sondern mit einem Presseskandal befassen. Von Jagdfieber getrieben hätten einige Journalisten krass versagt und so den eigentlichen Schaden verursacht. Im Klartext heisst das: Die (damals) Auserwählten und die Verwaltung haben selbstverständlich keine Fehler begangen und die von allen Parteien verlangte PUK stochert eigentlich in den falschen Gefilden, wenn sie sich unter anderem mit dem Geschäft de Beaufort, dem Kauf des LG-

Gebäudes, der Rechtmässigkeit der Lohnfortzahlung Romer oder der Einhaltung submissionsrechtlicher Bestimmungen befasst. Nun weiss unser städtisches Parlament also, dass es sich in den Augen des Stadtschreibers mit seinem PUK-Entscheid bloss als verlängerter Arm der Weltwoche betätigt. Ein Spartipp gefällig? Ersatzlose Streichung des Stadtmagazins und entsprechende Kürzung des hierfür notwendigen Stellenetats.

Ulrich Bollmann, Oberwil